

Pressemitteilung, Berlin, 15. Oktober 2020

Bundesregierung lässt mittelständische Industrie bei Strompreis und Energiekosten im Regen stehen

Bündnis faire Energiewende kritisiert: EEG-Umlage zu hoch – Bundesregierung hält versprochene Strompreissenkung nicht ein

Berlin: Die im Bündnis faire Energiewende zusammengeschlossenen mittelständischen Industriebranchen senden einen eindringlichen Appell an Bundesregierung und Bundestag: Für etwa 10.000 mittelständische Industrieunternehmen mit rund einer Million Beschäftigten bedeutet die heute angekündigte Deckelung der EEG-Umlage für 2021 keine wirkliche Entlastung bei den Stromkosten. Dabei hatte die Bundesregierung versprochen, im Gegenzug zur Einführung einer CO₂-Bepreisung die Stromkosten spürbar zu senken. Hier lässt die Bundesregierung ihre mittelständische Industrie im Regen stehen. Bislang gibt es zudem keine Entlastungsregeln für Unternehmen, die aus Mangel an grünen Alternativen noch mit herkömmlichen Energieträgern produzieren müssen.

Für die im Bündnis faire Energiewende zusammen geschlossenen Branchen sagt **Ingeborg Neumann**, Präsidentin des Gesamtverbandes der deutschen Textil- und Modeindustrie:

„Die Senkung der EEG-Umlage um gerade einmal etwas mehr als 0,2 Cent/kWh hilft der Industrie nicht, da andere Bestandteile des Strompreises wie die Netzentgelte weiter ansteigen werden. Auch die Frage, ob und wie die im internationalen Wettbewerb stehende und durch die Corona-Krise massiv gebeutelte mittelständische Industrie beim kommenden CO₂-Preis entlastet wird, ist weiter unbeantwortet. Dies treibt die Energiekosten für deutsche Mittelständler auf die Spitze. Die Abwanderung von Investitionen und Arbeitsplätzen ins Ausland sind die Folge.“

Das Bündnis faire Energiewende fordert deshalb eine grundlegend neue Energiepolitik. Die Energiepreise in Deutschland sind die höchsten weltweit. Zur Herstellung vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen mit den ausländischen Konkurrenten ist deshalb eine Finanzierung der Energiewende aus dem Bundeshaushalt der beste Weg. Dies wäre sozial gerechter, würde die Unternehmen in einer schwierigen Situation deutlich entlasten und zudem einen Konjunkturimpuls auslösen.

Das Bündnis Faire Energiewende ruft deshalb zur [Online-Demo](#) auf, um sich gegen die ungerechten Preiserhöhungen zu wehren und für eine faire Energiewende zu werben.

Zum „Bündnis faire Energiewende“ zählen:

- Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie BDG, www.bdquss.de
- Bundesverband Keramische Industrie e. V., www.keramverbaende.de
- Bundesverband der Energieabnehmer e. V., www.vea.de
- Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V., www.textil-mode.de
- Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V., www.gkv.de
- wdk Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e. V., www.wdk.de
- WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V., www.wsm-net.de
- Verband der Deutschen Feuerfest-Industrie e. V., <https://vdffi.de/>

Die Verbände im „Bündnis faire Energiewende“ vertreten branchenübergreifend etwa 10.000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und zuletzt etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Diroll

fon +49 30 726220-22

pdiroll@textil-mode.de



Gesamtverband der deutschen
Textil- und Modeindustrie e. V.
Reinhardtstraße 14 - 16
10117 Berlin

web | facebook | youtube | twitter